

# Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. S. Alee.

IV. Jahrgang.

Berlin, Sonnabend den 21. März 1885.

№ 34.

## Der Wandel der Freisinnigen gegenüber der Dampfervorlage.

Die großen politischen Erörterungen über die Lage der Dinge in Deutschland, über unsere Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, welche den Schwerpunkt der zweiten Lesung der Dampfervorlage bildeten, und das verhältnißmäßig so günstige Ergebnis der Debatte haben eine Thatsache völlig in den Hintergrund gestellt, welche der größten Aufmerksamkeit werth ist: wir meinen den Wandel, welcher seit dem Juni vorigen Jahres in der Haltung der sog. „freisinnigen“ Partei gegenüber dem Dampferproject vor sich gegangen ist.

Im Sommer wurde das Project der Dampfersubvention von den Freisinnigen vornehmlich als ein falsches, wirtschaftliches Princip bekämpft. Man nannte die in Aussicht genommene Subvention eine „himmelschreiende Verschwendung von Staatsgelbern“ und behauptete, daß nur unabhängige Linien gut zu fahren im Stande seien. Und um die „Staatshilfe“ vollends in Acht und Bann zu erklären, wurde die Bedeutung des nationalen Unternehmens dadurch herabzusetzen gesucht, daß man es für „ein größeres Vergnügen“ erklärte, „keine Steuern zu zahlen“ als jährlich vier Millionen Mark für „das Wehen der Reichspostflagge“ in Ostasien und Australien auszugeben und daß man den Handwerkern, Volksschullehrern und Postbeamten zu Gemüthe führte, wie wohl sie sich befinden würden, wenn sie jährlich die vier Millionen in ihre Tasche stecken könnten.

Wenn diese Gründe gegen das Dampferproject wirklich auf wirtschaftlicher und politischer Ueberzeugung beruhten und nicht etwa nur ein Vorwand für die grundsätzliche, auf selbstsüchtigen Parteiinteressen beruhende Opposition gegen die Gesamtpolitik der Regierung waren, so hätten die Freisinnigen — wie sie es auch noch bei der ersten Lesung gethan haben — jetzt bei der zweiten Lesung an denselben Argumenten festhalten müssen. Statt dessen hat die Partei sich diesmal aller gegen das wirtschaftliche und nationale Princip der Dampfersubvention gerichteten Argumente enthalten und allein dahin zu wirken gesucht, daß zunächst nur die ostasiatische Linie in's Leben gerufen werde. Mit anderen Worten, sie ist für die — wenn auch nur theilweise — Verwirklichung desjenigen Prinzips eingetreten, welches sie vorher leidenschaftlich bekämpft hatte.

Daß die „Freisinnigen“ aus einem Saulus zum Paulus geworden, wird man freilich nicht annehmen können. Vielmehr hat hierbei der Druck der öffentlichen Meinung, wie sie ihnen in der Stimmung der Wähler bei den Herbstwahlen entgegentrat, wohl ausschließlich gewirkt, wenn auch nur insoweit, daß sie sich von dem Verdacht, Gegner der Dampfervorlage zu sein, durch Genehmigung wenigstens einer Linie zu reinigen suchten.

Dieser Vorgang ist nach zwei Richtungen hin besonders lehrreich: einmal zeigt er, daß die Gründe, die die „Freisinnigen“ gegen die Dampfervorlage zuerst in's Feld führten, nur Vorwände waren, und daß man in Zukunft ähnliche Gründe wird in ähnlicher Weise tagiren dürfen, und sodann zeigt er, daß diese sonst so „prinzipientreue“ Partei gegenüber den nationalen Interessen doch nicht auf die Dauer Stand zu halten vermag, wenn dieselben dem Volke nur hinreichend klar erscheinen und von ihm mit Nachdruck geltend gemacht werden. Ob freilich dieses Mittel stets helfen wird, ist fraglich: besser wäre es schon, wenn es bei Wahrnehmung nationaler Interessen nicht immer nöthig wäre, die größten Anstrengungen zur Beseitigung des „freisinnigen“ Widerstandes zu machen, sondern wenn eine große festgefügte nationale Mehrheit den „Freisinnigen“ gestattete, sich selber treu zu bleiben.

## Die Holzölle.

Das Ergebnis der zweiten Berathung der auf die Holzölle bezüglichen Positionen der Zolltarifnovelle im Reichstage ist eine Erhöhung der bestehenden Zölle, wengleich nicht in dem von der Regierung vorgeschlagenen Umfange. Abgesehen davon, daß einige Nutzholzarten für zollfrei erklärt wurden, ist der Satz für Rohholz (statt verdreifacht) nur verdoppelt, der Satz für beschlagenes oder gebeiltes Nutzholz (statt vervierfacht) von 0,25 auf 0,40 Mark erhöht, der Satz für Sägewaaren (statt verachtacht) nur vervierfacht, also auf 1 Mark festgesetzt worden. Ob diese Sätze ausreichend und richtig gegriffen sind, mag dahin gestellt bleiben; jedenfalls stehen die Beschlüsse auf dem Princip der Vorlage, die ausländische Concurrenz an Nutzholz zurückzudrängen und die Arbeit am Holze zu schützen.

Gegner und Freunde der Vorlage nahmen in den Reichstags Verhandlungen für ihren Standpunkt beide die Absicht in Anspruch, für die Erhaltung und den Schutz des deutschen Waldes einzutreten: jene erblickten in der Niederhaltung der ausländischen Concurrenz das Signal für Waldverwüstung, diese den Beginn einer besseren Pflege des Waldes und der Ausbreitung der Waldkultur. Wenn sich diese beiden Parteien nicht verständigen konnten, so lag dies darin, daß sie von ganz verschiedenen Grundsätzen über die Bedingungen der Erhaltung der deutschen Waldwirtschaft ausgehen. Die Liberalen glauben den deutschen Wald am besten schonen zu können, wenn der deutsche Consument sich möglichst mit ausländischem Holze versieht. Diese Auffassung erscheint zwar auf den ersten Blick sehr plausibel, ist doch aber eine äußerst oberflächliche. Denn im Walde steckt nicht nur Geld, was sich verzinsen muß, sondern die Holzproduction hat auch den bestimmten Zweck, gewisse menschliche Bedürfnisse — wie Wärmeerzeugung, Anfertigung von Werkzeugen, Geräthen aller Art, Bau von Häusern, Schiffen etc. — zu befriedigen. Hieraus folgt, daß man den Wald nicht etwa unberührt lassen und sich mit den ausländischen Holzproducten begnügen kann; es folgt hieraus vielmehr, daß der Wald rationell bewirtschaftet werden, das heißt, daß der Wald eine gewisse, den aufgewendeten Mitteln entsprechende finanzielle Ausbeute liefern, daß jährlich ein Theil abgeschlagen, aber auch stets für entsprechenden Nachwuchs gesorgt werden muß. Erhalten wird der Wald nicht, wenn man ihn unberührt läßt und nur ausländisches Holz verbraucht: da er in diesem Falle das in ihn gesteckte Kapital nicht verzinsen kann, liegt vielmehr die Gefahr nahe, daß der Besitzer ihn niederschlägt und ausrodet, um sein Kapital in irgend einem andern Produktionszweige besser anzulegen. Erhalten wird der Wald vielmehr dann, wenn er rationell bewirtschaftet wird und wenn er privatwirtschaftlich rentabel ist: angemessene Holzpreise fördern die Forstkultur und tragen zur besseren Pflege des Waldes und der Ausdehnung der Waldwirtschaft bei; vor einer Waldverwüstung bei hohen Holzpreisen schützen die wirtschaftlichen Gesetze und der wohlverstandene Vortheil der Besitzer, die sich hüten werden, ihr rentables Waldkapital zu vernichten.

Ist dies richtig — und dies kann vernünftiger Weise nicht bestritten werden —, so leuchtet die Nothwendigkeit der Holzölle ein und so wiederlegen sich alle dagegen vorgebrachten Argumente von selbst. In einer Denkschrift des Kgl. preussischen Oberforstmeisters Dr. Dankelmann vom 5. März 1885, auf welche in den Debatten vielfach Bezug genommen wurde, wird ausgeführt, daß sich die Waldwirtschaft in einem Nothstande befindet. Das walddreiche Ausland überschwemmt den deutschen Markt mit Nutzholz, so daß das deutsche Nutzholz nicht nur im Preise unter die Productionskosten herabgedrückt wird, sondern theilweise unver-

Interessen und niemals auf der Seite der fürstlichen Verwandtschaften in die Waage fallen wird. (Lebhafter Beifall rechts.)

(Herrn Richters Parteinahme für England.) Die Parteinahme des Abgeordneten Richter für die englische Auffassung der Sache, für England, will ich überhaupt sagen, hat mich gerade in diesem Augenblicke etwas genirt (Hört, hört, rechts). Der Herr Abgeordnete hat gesagt, es wäre gar nicht die Zeit gewesen, daß seine Rede hätte einwirken können, sie wäre noch nicht bekannt gewesen. Nun, meine Herren, die Zeit, in der seine Rede wirkt, läuft noch immer fort. Unsere Verhandlungen mit England sind ja im besten Wege, sie sind aber noch nicht abgeschlossen, und daß es auf die Auffassung der englischen Regierung von einigem Gewicht ist, wenn der Führer der Opposition im deutschen Reichstag, der sich an der Spitze der der Regierung entgegenstehenden Majorität befindet, in dem Augenblicke, wo streitige Interessen diskutiert werden, für die fremdländischen Partei nimmt, — nun, meine Herren, das ist nach englischen Begriffen doch sehr wohl erklärlich! Nach englischen Begriffen hat die Majorität, an deren Spitze der Herr Abg. Richter, wenn nicht ganz isolirt, doch mit wenigen Gefährten steht, alle Aussicht, demnächst die künftige Regierung dieses Landes zu stellen. Daß das nicht wahrscheinlich ist, wird einem Deutschen, der unsere Politik versteht und aus deutschen Gesichtspunkten beurtheilt, einleuchtend sein; aber für einen Engländer — nach dessen parlamentarischen Auffassungen — ist es ganz natürlich. Ich glaube, der Herr Abg. Richter täuscht sich über das Gewicht seines Auftretens wenigstens in England. Der Abg. Richter hat in England ein viel größeres Schwergewicht als bei uns in Deutschland. (Heiterkeit rechts.) Ich muß darauf aufmerksam machen. Der, welcher an der Spitze der Opposition gegen die Regierung steht, an der Spitze einer Majorität, der die Regierung ziemlich regelmäßig unterliegt in Fragen, die sie bringt, ist doch für England der herrschende Punkt, der Stern der Zukunft, und man muß schon die deutschen Verhältnisse genauer kennen, um sich zu überzeugen, daß diese englische Auffassung bei uns nicht so ausschließlich Platz greift, wie es in England der Fall sein dürfte. Zur Zeit der Samoadebatte (1880) sagte mir der Botschafter einer westeuropäischen Macht, es sei ihm sehr unwahrscheinlich und überraschend, daß der Herr Abg. Richter bei uns noch nie Minister gewesen sei; er könne sich die Rolle, die er spiele, nicht erklären, wenn er noch nie Minister gewesen sei und keine Aussicht habe, es zu werden. Ich sagte: „Ueber das Letztere habe ich kein Urtheil, aber gewesen ist er es noch niemals.“ (Heiterkeit.) Und darin wird er mir Recht geben. Der Herr Abgeordnete ist ja seitdem gewachsen an Bedeutung und Ansehen in seiner Partei; er ist heut zu Tage in seiner Herrschaft über die Partei (Lebhafter Widerspruch links), über die sehr bedeutende Partei kaum mehr angefochten. — Meine Herren, Sie, (nach links), die Sie darüber murren, — ist einer unter Ihnen, der ihm das Wasser reicht? (große Heiterkeit auf beiden Seiten des Hauses) der gegen ihn mit Widerspruch aufzukommen vermag? Hier vor dem Publikum haben Sie den Muth, dagegen zu murren; wenn Sie mit ihm allein sind, werden Sie es schwerlich thun. (Große Heiterkeit.) Wenn der Führer einer so bedeutenden Opposition in einer Zeit, wo die Regierung in der Minorität ist, im Reichstage seinerseits auf diese Weise für die englische Auffassung der Sache, für deren Berücksichtigung eintritt, so hat man in England natürlich den Eindruck: die Nation in ihrer Gesamtheit steht nicht hinter den verbündeten Regierungen und ihrer Politik. Es schlägt das in das Fach hinein, das ich schon öfter besprochen habe: eine coloniale Politik läßt sich nur machen, wenn sie getragen ist von dem — ich will nicht sagen einstimmigen, aber nahezu einstimmigen — entschlossenen, festen, starken Nationalgefühl, das einen Ausdruck nicht nur im Volke und in der Presse, sondern auch im Reichstage, und zwar in der Mehrheit des Reichstages und auch durch die Führer derselben findet. Zu den Führern dieser Mehrheit gehört doch der Herr Abgeordnete Richter, und daß er diese nationalen Aspirationen nicht theilt, eben so wenig theilt, wie die Führer der anderen Hälfte der Majorität, des Zentrums, — ja, meine Herren, das liest man aus ihren Reden hinlänglich heraus. Daß das unsere Stellung bei den Verhandlungen mit dem Ausland wesentlich abschwächt, das muß doch jedes Kind einsehen, und ich weiß nicht, wie wir hier darüber streiten können. Eine Regierung, die ihre ganze Nation hinter sich hat, die tritt mit einem ganz anderen Gewicht dem Auslande gegenüber auf als eine Regierung, der die größere Hälfte der Vertreter der Nation in ihrem Parlamente Opposition macht.

(Das Schutzgebiet in Ostafrika.) Der Abg. Virchow meint, wir hätten den Kaiserlichen Schutzbrief für die Erwerbung in Ostafrika etwas zu früh lancirt; ich glaube aber, wenn wir damit lange gewartet hätten, dann würden wir überhaupt nicht in die Lage gekommen sein, uns die Frage vorzulegen, ob wir dort eine deutsche Colonie für möglich halten wollen. Längst würden andere zugegriffen haben, wenn wir auch nur einige Momente damit gewartet hätten. Das ist diese beschauliche

und behagliche Art des Abwartens, ob die Tauben nicht noch etwas besser angebraten werden können, ehe man den Mund öffnet, um sie entgegenfliegen zu machen. Aber die Regierung hat geglaubt, sich auf diese abwartende Stellung, die ja sehr viel bequemer und sehr viel weniger verantwortlich ist — für träge Minister wäre sie ja außerordentlich angenehm, — nicht zurückziehen zu dürfen; sondern sie hat den Augenblick wahrgenommen, um dort ein Thor für deutsche Arbeit, deutsche Civilisation und deutsche Kapitalanlage offen zu halten. Wenn das, was hinter diesem Thore liegt, sich nicht so bewährt, so ist das Aufgeben dessen ja immerhin möglich. Sie geben für Versuchstationen — ich weiß nicht was —, für Aquarien und dergleichen im Ausland in unserem Budget doch ganz erhebliche Summen, die mit dem, was für Kamerun bewilligt ist, vollkommen in die Schranken treten können: warum wollen Sie nicht uns einmal erlauben, eine Versuchstation zu öffnen, das erste Mal in diesem Leben für deutsche überseeische Unternehmungen, namentlich da für diese, die die Mißgunst des Herrn Borrebners auf sich gezogen zu haben scheint, einstweilen gar nichts gefordert wird? Ueber die Gegend westlich von dem Reiche Zanzibar, über die dieser Kaiserliche Schutzbrief ausgestellt ist, habe ich noch in keiner Beschreibung von den Leuten, die da gewesen sind, etwas Nachtheiliges erfahren; im Gegentheil, die gelten nach dem Zeugniß der Engländer, Amerikaner, Belgier, Deutschen, die ich darüber gesprochen habe, für den besten Theil von dem ganzen Innern von Afrika. Ich habe sehr viel Gutes darüber vernommen, und aus dieser Rücksicht empfiehlt es sich doch, die Frage nicht übers Knie zu brechen. Es handelt sich um einen Landstrich, der, glaube ich, fast so groß ist wie das Königreich Preußen, als ich geboren wurde, und der alle Klimaten, alle möglichen Arten von Vegetationen enthält, von der tropischen bis zur europäischen, und der von einem vergleichungsweise gesitteten und bildsamen Menschenschlage bewohnt wird; alle Vorbedingungen für eine Anknüpfung colonialer Beziehungen, die man sich in der Theorie denken kann, treffen dort zu. Ob sich das praktisch bewährt und verwirklicht, meine Herren, dafür kann ich nicht verantwortlich sein, dafür sind verantwortlich die Leute, die da waren, und die Leute, die hingehen. Wenn die deutsche Nation einen Ueberschuß von Kraftgefühl, Unternehmungsgeist und Entdeckungsgeist in sich verspürt, so öffnen Sie ihr doch wenigstens ein Thor, durch welches sie das verwirklichen kann, und nöthigen Sie uns nicht, wie damals bei den Samoaverhandlungen, auf die ich schon vorhin anspielte, auch diese Vorlage wieder zu den Acten zu schreiben und zu sagen: ja, die Regierung würde sehr gern den Erwägungen und der Initiative des Handels folgen mit ihrem Schutz, aber ohne den Reichstag kann sie es nicht, und der Reichstag hat keine Neigung dazu. Bewahren Sie uns vor der Nothwendigkeit, meine Herren, die Schuld, daß auch hier den Deutschen nicht einmal freie Fahrt geöffnet wird, auf den Reichstag zu schieben! (Lebhafter Beifall rechts.)

## Politische Tagesfragen.

Der Staatsrath hat die erste Verathung der auf die Börsensteuer bezüglichen drei Fragen beendet. Seine Beschlüsse gehen dahin daß eine procentuale Abgabe zu erheben sei, daß ein Unterschied zwischen Rassen- und Zeitgeschäften nicht gemacht werden solle, ferner daß Schlußnotenzwang in Verbindung mit der unmittelbaren Steuerentrichtung seitens der zur Steuer verpflichteten einzuführen sei; die Entrichtung selbst hätte auf Grund eines Journals zu erfolgen, in welches täglich die laufende Nummer der Schlußnote sowie der Steuerbetrag einzutragen sein würde. Die dritte Frage, welche dahin geht, ob sich eine Bestimmung treffen lasse, damit die Abgabe für ein perfect gewordenes Geschäft durch Vermittelung eines Commissionärs nur im einmaligen Betrage erhoben wird, wurde bejaht, aber nur durch Erstattung der Steuer auf Grund eines vom Commissionär zu führenden Journals, worin die einzelnen Fälle aufgeführt werden und welches periodisch der Steuerbehörde vorzulegen wäre. Die Frage, ob neben dem Schlußnotenzwang für das Waarengeschäft der Facturenzwang eingeführt werden soll, wurde verneint.

## Personalien.

Die Wahl des Rectors des in der Erweiterung zu einem Gymnasium begriffenen Progymnasium zu Gary a. D., Dr. Biz, zum Direktor der Anstalt hat die Allerhöchste Bestätigung erhalten.

# Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. S. Klee.

IV. Jahrgang.

Berlin, Sonnabend den 21. März 1885.

N<sup>o</sup>. 34.

## Der Wandel der Freisinnigen gegenüber der Dampfervorlage.

Die großen politischen Erörterungen über die Lage der Dinge in Deutschland, über unsere Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, welche den Schwerpunkt der zweiten Lesung der Dampfervorlage bildeten, und das verhältnißmäßig so günstige Ergebnis der Debatte haben eine Thatsache völlig in den Hintergrund gestellt, welche der größten Aufmerksamkeit werth ist: wir meinen den Wandel, welcher seit dem Juni vorigen Jahres in der Haltung der sog. „freisinnigen“ Partei gegenüber dem Dampferproject vor sich gegangen ist.

Im Sommer wurde das Project der Dampfersubvention von den Freisinnigen vornehmlich als ein falsches, wirtschaftliches Princip bekämpft. Man nannte die in Aussicht genommene Subvention eine „himmelschreiende Verschwendung von Staatsgeldern“ und behauptete, daß nur unabhängige Linien gut zu fahren im Stande seien. Und um die „Staatshilfe“ vollends in Acht und Bann zu erklären, wurde die Bedeutung des nationalen Unternehmens dadurch herabzusetzen gesucht, daß man es für „ein größeres Vergnügen“ erklärte, „keine Steuern zu zahlen“ als jährlich vier Millionen Mark für „das Wehen der Reichspostflagge“ in Ostasien und Australien auszugeben und daß man den Handwerkern, Volksschullehrern und Postbeamten zu Gemüthe führte, wie wohl sie sich befinden würden, wenn sie jährlich die vier Millionen in ihre Tasche stecken könnten.

Wenn diese Gründe gegen das Dampferproject wirklich auf wirtschaftlicher und politischer Ueberzeugung beruhten und nicht etwa nur ein Vorwand für die grundsätzliche, auf selbstüchtigen Parteiinteressen beruhende Opposition gegen die Gesamtpolitik der Regierung waren, so hätten die Freisinnigen — wie sie es auch noch bei der ersten Lesung gethan haben — jetzt bei der zweiten Lesung an denselben Argumenten festhalten müssen. Statt dessen hat die Partei sich diesmal aller gegen das wirtschaftliche und nationale Princip der Dampfersubvention gerichteten Argumente enthalten und allein dahin zu wirken gesucht, daß zunächst nur die ostasiatische Linie in's Leben gerufen werde. Mit anderen Worten, sie ist für die — wenn auch nur theilweise — Verwirklichung desjenigen Prinzips eingetreten, welches sie vorher leidenschaftlich bekämpft hatte.

Daß die „Freisinnigen“ aus einem Saulus zum Paulus geworden, wird man freilich nicht annehmen können. Vielmehr hat hierbei der Druck der öffentlichen Meinung, wie sie ihnen in der Stimmung der Wähler bei den Herbstwahlen entgegentrat, wohl ausschließlich gewirkt, wenn auch nur insoweit, daß sie sich von dem Verdacht, Gegner der Dampfervorlage zu sein, durch Genehmigung wenigstens einer Linie zu reinigen suchten.

Dieser Vorgang ist nach zwei Richtungen hin besonders lehrreich: einmal zeigt er, daß die Gründe, die die „Freisinnigen“ gegen die Dampfervorlage zuerst in's Feld führten, nur Vorwände waren, und daß man in Zukunft ähnliche Gründe wird in ähnlicher Weise tagiren dürfen, und sodann zeigt er, daß diese sonst so „prinzipientreue“ Partei gegenüber den nationalen Interessen doch nicht auf die Dauer Stand zu halten vermag, wenn dieselben dem Volke nur hinreichend klar erscheinen und von ihm mit Nachdruck geltend gemacht werden. Ob freilich dieses Mittel stets helfen wird, ist fraglich: besser wäre es schon, wenn es bei Wahrnehmung nationaler Interessen nicht immer nöthig wäre, die größten Anstrengungen zur Beseitigung des „freisinnigen“ Widerstandes zu machen, sondern wenn eine große festgefügte nationale Mehrheit den „Freisinnigen“ gestattete, sich selber treu zu bleiben.

## Die Holzölle.

Das Ergebnis der zweiten Berathung der auf die Holzölle bezüglichen Positionen der Zolltarifnovelle im Reichstage ist eine Erhöhung der bestehenden Zölle, wenngleich nicht in dem von der Regierung vorgeschlagenen Umfange. Abgesehen davon, daß einige Nutzholzarten für zollfrei erklärt wurden, ist der Satz für Rohholz (statt verdreifacht) nur verdoppelt, der Satz für beschlagenes oder gebeiltes Nutzholz (statt vervierfacht) von 0,25 auf 0,40 Mark erhöht, der Satz für Sägewaaren (statt verachtfacht) nur vervierfacht, also auf 1 Mark festgesetzt worden. Ob diese Sätze ausreichend und richtig gegriffen sind, mag dahin gestellt bleiben; jedenfalls stehen die Beschlüsse auf dem Princip der Vorlage, die ausländische Concurrenz an Nutzholz zurückzudrängen und die Arbeit am Holze zu schützen.

Gegner und Freunde der Vorlage nahmen in den Reichstags Verhandlungen für ihren Standpunkt beide die Absicht in Anspruch, für die Erhaltung und den Schutz des deutschen Waldes einzutreten: jene erblickten in der Niederhaltung der ausländischen Concurrenz das Signal für Waldverwüstung, diese den Beginn einer besseren Pflege des Waldes und der Ausbreitung der Waldkultur. Wenn sich diese beiden Parteien nicht verständigen konnten, so lag dies darin, daß sie von ganz verschiedenen Grundätzen über die Bedingungen der Erhaltung der deutschen Waldwirtschaft ausgingen. Die Liberalen glauben den deutschen Wald am besten schonen zu können, wenn der deutsche Consument sich möglichst mit ausländischem Holze versieht. Diese Auffassung erscheint zwar auf den ersten Blick sehr plausibel, ist doch aber eine äußerst oberflächliche. Denn im Walde steckt nicht nur Geld, was sich verzinsen muß, sondern die Holzproduction hat auch den bestimmten Zweck, gewisse menschliche Bedürfnisse — wie Wärmeerzeugung, Anfertigung von Werkzeugen, Geräthen aller Art, Bau von Häusern, Schiffen etc. — zu befriedigen. Hieraus folgt, daß man den Wald nicht etwa unberührt lassen und sich mit den ausländischen Holzproducten begnügen kann; es folgt hieraus vielmehr, daß der Wald rationell bewirtschaftet werden, das heißt, daß der Wald eine gewisse, den aufgewendeten Mitteln entsprechende finanzielle Ausbeute liefern, daß jährlich ein Theil abgeschlagen, aber auch stets für entsprechenden Nachwuchs gesorgt werden muß. Erhalten wird der Wald nicht, wenn man ihn unberührt läßt und nur ausländisches Holz verbraucht: da er in diesem Falle das in ihn gesteckte Kapital nicht verzinsen kann, liegt vielmehr die Gefahr nahe, daß der Besitzer ihn niederschlägt und ausrodet, um sein Kapital in irgend einem andern Produktionszweige besser anzulegen. Erhalten wird der Wald vielmehr dann, wenn er rationell bewirtschaftet wird und wenn er privatwirtschaftlich rentabel ist: angemessene Holzpreise fördern die Forstkultur und tragen zur besseren Pflege des Waldes und der Ausdehnung der Waldwirtschaft bei; vor einer Waldverwüstung bei hohen Holzpreisen schützen die wirtschaftlichen Gesetze und der wohlverstandene Vortheil der Besitzer, die sich hüten werden, ihr rentables Waldkapital zu vernichten.

Ist dies richtig — und dies kann vernünftiger Weise nicht bestritten werden —, so leuchtet die Nothwendigkeit der Holzölle ein und so wiederlegen sich alle dagegen vorgebrachten Argumente von selbst. In einer Denkschrift des kgl. preussischen Oberforstmeisters Dr. Dankelmann vom 5. März 1885, auf welche in den Debatten vielfach Bezug genommen wurde, wird ausgeführt, daß sich die Waldwirtschaft in einem Nothstande befindet. Das walddreiche Ausland überschwemmt den deutschen Markt mit Nutzholz, so daß das deutsche Nutzholz nicht nur im Preise unter die Produktionskosten herabgedrückt wird, sondern theilweise unver-

Interessen und niemals auf der Seite der fürstlichen Verwandtschaften in die Waage fallen wird. (Lebhafter Beifall rechts.)

(Herrn Richters Parteinarbeit für England.) Die Parteinarbeit des Abgeordneten Richter für die englische Auffassung der Sache, für England, will ich überhaupt sagen, hat mich gerade in diesem Augenblicke etwas genirt (Hört, hört, rechts). Der Herr Abgeordnete hat gesagt, es wäre gar nicht die Zeit gewesen, daß seine Rede hätte einwirken können, sie wäre noch nicht bekannt gewesen. Nun, meine Herren, die Zeit, in der seine Rede wirkt, läuft noch immer fort. Unsere Verhandlungen mit England sind ja im besten Wege, sie sind aber noch nicht abgeschlossen, und daß es auf die Auffassung der englischen Regierung von einigem Gewicht ist, wenn der Führer der Opposition im deutschen Reichstag, der sich an der Spitze der der Regierung entgegenstehenden Majorität befindet, in dem Augenblicke, wo streitige Interessen diskutiert werden, für die fremdländischen Partei nimmt, — nun, meine Herren, das ist nach englischen Begriffen doch sehr wohl erklärlich! Nach englischen Begriffen hat die Majorität, an deren Spitze der Herr Abg. Richter, wenn nicht ganz isolirt, doch mit wenigen Gefährten steht, alle Aussicht, demnächst die künftige Regierung dieses Landes zu stellen. Daß das nicht wahrscheinlich ist, wird einem Deutschen, der unsere Politik versteht und aus deutschen Gesichtspunkten beurtheilt, einleuchtend sein; aber für einen Engländer — nach dessen parlamentarischen Auffassungen — ist es ganz natürlich. Ich glaube, der Herr Abg. Richter täuscht sich über das Gewicht seines Auftretens wenigstens in England. Der Herr Abg. Richter hat in England ein viel größeres Schwergewicht als bei uns in Deutschland. (Heiterkeit rechts.) Ich muß darauf aufmerksam machen. Der, welcher an der Spitze der Opposition gegen die Regierung steht, an der Spitze einer Majorität, der die Regierung ziemlich regelmäßig unterliegt in Fragen, die sie bringt, ist doch für England der herrschende Punkt, der Stern der Zukunft, und man muß schon die deutschen Verhältnisse genauer kennen, um sich zu überzeugen, daß diese englische Auffassung bei uns nicht so ausschließlich Platz greift, wie es in England der Fall sein dürfte. Zur Zeit der Samoadebatte (1880) sagte mir der Botschafter einer westeuropäischen Macht, es sei ihm sehr unwahrscheinlich und überraschend, daß der Herr Abg. Richter bei uns noch nie Minister gewesen sei; er könne sich die Rolle, die er spiele, nicht erklären, wenn er noch nie Minister gewesen sei und keine Aussicht habe, es zu werden. Ich sagte: „Ueber das Letztere habe ich kein Urtheil, aber gewesen ist er es noch niemals.“ (Heiterkeit.) Und darin wird er mir Recht geben. Der Herr Abgeordnete ist ja seitdem gewachsen an Bedeutung und Ansehen in seiner Partei; er ist heute zu Tage in seiner Herrschaft über die Partei (lebhafter Widerspruch links), über die sehr bedeutende Partei kaum mehr angefochten. — Meine Herren, Sie, (nach links), die Sie darüber murren, — ist einer unter Ihnen, der ihm das Wasser reicht? (große Heiterkeit auf beiden Seiten des Hauses) der gegen ihn mit Widerspruch aufzukommen vermag? Hier vor dem Publikum haben Sie den Muth, dagegen zu murren; wenn Sie mit ihm allein sind, werden Sie es schwerlich thun. (Große Heiterkeit.) Wenn der Führer einer so bedeutenden Opposition in einer Zeit, wo die Regierung in der Minorität ist, im Reichstage seinerseits auf diese Weise für die englische Auffassung der Sache, für deren Berücksichtigung eintritt, so hat man in England natürlich den Eindruck: die Nation in ihrer Gesamtheit steht nicht hinter den verbündeten Regierungen und ihrer Politik. Es schlägt das in das Fach hinein, das ich schon öfter besprochen habe: eine coloniale Politik läßt sich nur machen, wenn sie getragen ist von dem — ich will nicht sagen einstimmigen, aber nahezu einstimmigen — entschlossenen, festen, starken Nationalgefühl, das einen Ausdruck nicht nur im Volke und in der Presse, sondern auch im Reichstage, und zwar in der Mehrheit des Reichstages und auch durch die Führer derselben findet. Zu den Führern dieser Mehrheit gehört doch der Herr Abgeordnete Richter, und daß er diese nationalen Aspirationen nicht theilt, eben so wenig theilt, wie die Führer der anderen Hälfte der Majorität, des Zentrums, — ja, meine Herren, das liest man aus ihren Reden hinlänglich heraus. Daß das unsere Stellung bei den Verhandlungen mit dem Ausland wesentlich abschwächt, das muß doch jedes Kind einsehen, und ich weiß nicht, wie wir hier darüber streiten können. Eine Regierung, die ihre ganze Nation hinter sich hat, die tritt mit einem ganz anderen Gewicht dem Auslande gegenüber als eine Regierung, der die größere Hälfte der Vertreter der Nation in ihrem Parlamente Opposition macht.

(Das Schutzgebiet in Ostafrika.) Der Abg. Birchow meint, wir hätten den Kaiserlichen Schutzbrief für die Erwerbung in Ostafrika etwas zu früh lancirt; ich glaube aber, wenn wir damit lange gewartet hätten, dann würden wir überhaupt nicht in die Lage gekommen sein, uns die Frage vorzulegen, ob wir dort eine deutsche Colonie für möglich halten wollen. Längst würden andere zugegriffen haben, wenn wir auch nur einige Momente damit gewartet hätten. Das ist diese beschauliche

und behagliche Art des Abwartens, ob die Tauben nicht noch etwas besser angebraten werden können, ehe man den Mund öffnet, um sie entgegenfliegen zu machen. Aber die Regierung hat geglaubt, sich auf diese abwartende Stellung, die ja sehr viel bequemer und sehr viel weniger verantwortlich ist — für träge Minister wäre sie ja außerordentlich angenehm, — nicht zurückziehen zu dürfen; sondern sie hat den Augenblick wahrgenommen, um dort ein Thor für deutsche Arbeit, deutsche Civilisation und deutsche Kapitalanlage offen zu halten. Wenn das, was hinter diesem Thore liegt, sich nicht so bewährt, so ist das Aufgeben dessen ja immerhin möglich. Sie geben für Versuchstationen — ich weiß nicht was —, für Aquarien und dergleichen im Ausland in unserem Budget doch ganz erhebliche Summen, die mit dem, was für Kamerun bewilligt ist, vollkommen in die Schranken treten können: warum wollen Sie nicht uns einmal erlauben, eine Versuchstation zu öffnen, das erste Mal in diesem Leben für deutsche überseeische Unternehmungen, namentlich da für diese, die die Mißgunst des Herrn Redner auf sich gezogen zu haben scheint, einstweilen gar nichts gefordert wird? Ueber die Gegend westlich von dem Reiche Zanzibar, über die dieser Kaiserliche Schutzbrief ausgestellt ist, habe ich noch in keiner Beschreibung von den Leuten, die da gewesen sind, etwas Nachtheiliges erfahren; im Gegentheil, die gelten nach dem Zeugniß der Engländer, Amerikaner, Belgier, Deutschen, die ich darüber gesprochen habe, für den besten Theil von dem ganzen Innern von Afrika. Ich habe sehr viel Gutes darüber vernommen, und aus dieser Rücksicht empfiehlt es sich doch, die Frage nicht übers Knie zu brechen. Es handelt sich um einen Landstrich, der, glaube ich, fast so groß ist wie das Königreich Preußen, als ich geboren wurde, und der alle Klimaten, alle möglichen Arten von Vegetationen enthält, von der tropischen bis zur europäischen, und der von einem vergleichungsweise gesitteten und bildsamen Menschenschlage bewohnt wird; alle Vorbedingungen für eine Anknüpfung colonialer Beziehungen, die man sich in der Theorie denken kann, treffen dort zu. Ob sich das praktisch bewährt und verwirklicht, meine Herren, dafür kann ich nicht verantwortlich sein, dafür sind verantwortlich die Leute, die da waren, und die Leute, die hingehen. Wenn die deutsche Nation einen Ueberfluß von Kraftgefühl, Unternehmungsgestalt und Entdeckungsgeist in sich verspürt, so öffnen Sie ihr doch wenigstens ein Thor, durch welches sie das verwirklichen kann, und nöthigen Sie uns nicht, wie damals bei den Samoahandlungen, auf die ich schon vorhin anspielte, auch diese Vorlage wieder zu den Acten zu schreiben und zu sagen: ja, die Regierung würde sehr gern den Erwerbungen und der Initiative des Handels folgen mit ihrem Schutz, aber ohne den Reichstag kann sie es nicht, und der Reichstag hat keine Neigung dazu. Bewahren Sie uns vor der Nothwendigkeit, meine Herren, die Schuld, daß auch hier den Deutschen nicht einmal freie Fahrt geöffnet wird, auf den Reichstag zu schieben! (Lebhafter Beifall rechts.)

### Politische Tagesfragen.

Der Staatsrath hat die erste Verathung der auf die Börsensteuer bezüglichen drei Fragen beendet. Seine Beschlüsse gehen dahin daß eine procentuale Abgabe zu erheben sei, daß ein Unterschied zwischen Rassen- und Zeitgeschäften nicht gemacht werden solle, ferner daß Schlussnotenzwang in Verbindung mit der unmittelbaren Steuerentrichtung seitens der zur Steuer verpflichteten einzuführen sei; die Entrichtung selbst hätte auf Grund eines Journals zu erfolgen, in welches täglich die laufende Nummer der Schlussnote sowie der Steuerbetrag einzutragen sein würde. Die dritte Frage, welche dahin geht, ob sich eine Bestimmung treffen lasse, damit die Abgabe für ein perfect gewordenes Geschäft durch Vermittelung eines Commissionärs nur im einmaligen Betrage erhoben wird, wurde bejaht, aber nur durch Erstattung der Steuer auf Grund eines vom Commissionär zu führenden Journals, worin die einzelnen Fälle aufgeführt werden und welches periodisch der Steuerbehörde vorzulegen wäre. Die Frage, ob neben dem Schlussnotenzwang für das Waarengeschäft der Facturenzwang eingeführt werden soll, wurde verneint.

### Personalien.

Die Wahl des Direktors des in der Erweiterung zu einem Gymnasium begriffenen Progymnasiums zu Gary a. D., Dr. Viz, zum Direktor der Anstalt hat die Allerhöchste Bestätigung erhalten.

# Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. S. Ale.

IV. Jahrgang.

Berlin, Sonnabend den 21. März 1885.

N<sup>o</sup>. 34.

## Der Wandel der Freisinnigen gegenüber der Dampfervorlage.

Die großen politischen Erörterungen über die Lage der Dinge in Deutschland, über unsere Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, welche den Schwerpunkt der zweiten Lesung der Dampfervorlage bildeten, und das verhältnißmäßig so günstige Ergebnis der Debatte haben eine Thatfache völlig in den Hintergrund gestellt, welche der größten Aufmerksamkeit werth ist: wir meinen den Wandel, welcher seit dem Juni vorigen Jahres in der Haltung der sog. „freisinnigen“ Partei gegenüber dem Dampferproject vor sich gegangen ist.

Im Sommer wurde das Project der Dampfersubvention von den Freisinnigen vornehmlich als ein falsches, wirtschaftliches Princip bekämpft. Man nannte die in Aussicht genommene Subvention eine „himmelschreiende Verschwendung von Staatsgeldern“ und behauptete, daß nur unabhängige Linien gut zu fahren im Stande seien. Und um die „Staatshilfe“ vollends in Acht und Bann zu erklären, wurde die Bedeutung des nationalen Unternehmens dadurch herabzusetzen gesucht, daß man es für „ein größeres Vergnügen“ erklärte, „keine Steuern zu zahlen“ als jährlich vier Millionen Mark für „das Wehen der Reichspostflagge“ in Ostasien und Australien auszugeben und daß man den Handwerkern, Volksschullehrern und Postbeamten zu Gemüthe führte, wie wohl sie sich befinden würden, wenn sie jährlich die vier Millionen in ihre Tasche stecken könnten.

Wenn diese Gründe gegen das Dampferproject wirklich auf wirtschaftlicher und politischer Ueberzeugung beruhten und nicht etwa nur ein Vorwand für die grundsätzliche, auf selbstsüchtigen Parteiinteressen beruhende Opposition gegen die Gesamtpolitik der Regierung waren, so hätten die Freisinnigen — wie sie es auch noch bei der ersten Lesung gethan haben — jetzt bei der zweiten Lesung an denselben Argumenten festhalten müssen. Statt dessen hat die Partei sich diesmal aller gegen das wirtschaftliche und nationale Prinzip der Dampfersubvention gerichteten Argumente enthalten und allein dahin zu wirken gesucht, daß zunächst nur die ostasiatische Linie in's Leben gerufen werde. Mit anderen Worten, sie ist für die — wenn auch nur theilweise — Verwirklichung desjenigen Prinzips eingetreten, welches sie vorher leidenschaftlich bekämpft hatte.

Daß die „Freisinnigen“ aus einem Saulus zum Paulus geworden, wird man freilich nicht annehmen können. Vielmehr hat hierbei der Druck der öffentlichen Meinung, wie sie ihnen in der Stimmung der Wähler bei den Herbstwahlen entgegentrat, wohl ausschließlich gewirkt, wenn auch nur insoweit, daß sie sich von dem Verdacht, Gegner der Dampfervorlage zu sein, durch Genehmigung wenigstens einer Linie zu reinigen suchten.

Dieser Vorgang ist nach zwei Richtungen hin besonders lehrreich: einmal zeigt er, daß die Gründe, die die „Freisinnigen“ gegen die Dampfervorlage zuerst in's Feld führten, nur Vorwände waren, und daß man in Zukunft ähnliche Gründe wird in ähnlicher Weise tagiren dürfen, und sodann zeigt er, daß diese sonst so „prinzipientreue“ Partei gegenüber den nationalen Interessen doch nicht auf die Dauer Stand zu halten vermag, wenn dieselben dem Volke nur hinreichend klar erscheinen und von ihm mit Nachdruck geltend gemacht werden. Ob freilich dieses Mittel stets helfen wird, ist fraglich: besser wäre es schon, wenn es bei Wahrnehmung nationaler Interessen nicht immer nöthig wäre, die größten Anstrengungen zur Beseitigung des „freisinnigen“ Widerstandes zu machen, sondern wenn eine große festgefügte nationale Mehrheit den „Freisinnigen“ gestattete, sich selber treu zu bleiben.

## Die Holzölle.

Das Ergebnis der zweiten Berathung der auf die Holzölle bezüglichen Positionen der Zolltarifnovelle im Reichstage ist eine Erhöhung der bestehenden Zölle, wengleich nicht in dem von der Regierung vorgeschlagenen Umfange. Abgesehen davon, daß einige Nutzholzarten für zollfrei erklärt wurden, ist der Satz für Rohholz (statt verdreifacht) nur verdoppelt, der Satz für beschlagenes oder gebeiltes Nutzholz (statt vervierfacht) von 0,25 auf 0,40 Mark erhöht, der Satz für Sägewaaren (statt verachtacht) nur vervierfacht, also auf 1 Mark festgesetzt worden. Ob diese Sätze ausreichend und richtig gegriffen sind, mag dahin gestellt bleiben; jedenfalls stehen die Beschlüsse auf dem Princip der Vorlage, die ausländische Concurrenz an Nutzholz zurückzudrängen und die Arbeit am Holze zu schützen.

Gegner und Freunde der Vorlage nahmen in den Reichstags Verhandlungen für ihren Standpunkt beide die Absicht in Anspruch, für die Erhaltung und den Schutz des deutschen Waldes einzutreten: jene erblickten in der Niederhaltung der ausländischen Concurrenz das Signal für Waldverwüstung, diese den Beginn einer besseren Pflege des Waldes und der Ausbreitung der Waldkultur. Wenn sich diese beiden Parteien nicht verständigen konnten, so lag dies darin, daß sie von ganz verschiedenen Grundsätzen über die Bedingungen der Erhaltung der deutschen Waldwirtschaft ausgehen. Die Liberalen glauben den deutschen Wald am besten schonen zu können, wenn der deutsche Consument sich möglichst mit ausländischem Holze versieht. Diese Auffassung erscheint zwar auf den ersten Blick sehr plausibel, ist doch aber eine äußerst oberflächliche. Denn im Walde steckt nicht nur Geld, was sich verzinsen muß, sondern die Holzproduction hat auch den bestimmten Zweck, gewisse menschliche Bedürfnisse — wie Wärmezeugung, Anfertigung von Werkzeugen, Geräthen aller Art, Bau von Häusern, Schiffen etc. — zu befriedigen. Hieraus folgt, daß man den Wald nicht etwa unberührt lassen und sich mit den ausländischen Holzproducten begnügen kann; es folgt hieraus vielmehr, daß der Wald rationell bewirtschaftet werden, das heißt, daß der Wald eine gewisse, den aufgewendeten Mitteln entsprechende finanzielle Ausbeute liefern, daß jährlich ein Theil abgeschlagen, aber auch stets für entsprechenden Nachwuchs gesorgt werden muß. Erhalten wird der Wald nicht, wenn man ihn unberührt läßt und nur ausländisches Holz verbraucht: da er in diesem Falle das in ihn gesteckte Kapital nicht verzinsen kann, liegt vielmehr die Gefahr nahe, daß der Besitzer ihn niederschlägt und ausrodet, um sein Kapital in irgend einem andern Produktionszweige besser anzulegen. Erhalten wird der Wald vielmehr dann, wenn er rationell bewirtschaftet wird und wenn er privatwirtschaftlich rentabel ist: angemessene Holzpreise fördern die Forstkultur und tragen zur besseren Pflege des Waldes und der Ausdehnung der Waldwirtschaft bei; vor einer Waldverwüstung bei hohen Holzpreisen schützen die wirtschaftlichen Gesetze und der wohlverstandene Vortheil der Besitzer, die sich hüten werden, ihr rentables Waldkapital zu vernichten.

Ist dies richtig — und dies kann vernünftiger Weise nicht bestritten werden —, so leuchtet die Nothwendigkeit der Holzölle ein und so wiederlegen sich alle dagegen vorgebrachten Argumente von selbst. In einer Denkschrift des Kgl. preussischen Oberforstmeisters Dr. Dankelmann vom 5. März 1885, auf welche in den Debatten vielfach Bezug genommen wurde, wird ausgeführt, daß sich die Waldwirtschaft in einem Nothstande befindet. Das waldbreiche Ausland überschwemmt den deutschen Markt mit Nutzholz, so daß das deutsche Nutzholz nicht nur im Preise unter die Productionskosten herabgedrückt wird, sondern theilweise unver-

käuflich bleibt oder als Brennholz zu niedrigsten Preisen losgeschlagen wird. Auf die Production von Brennholz kann sich aber die deutsche Forstwirtschaft, zumal dieses durch anderes Brennmaterial immer mehr verdrängt wird, in Zukunft nicht mehr stützen: Nutzholzzucht und Nutzholzabsatz ist eine Lebensfrage für sie, zumal die Waldwirthschaftskosten seit 1850 um jährlich etwa 3,2 Procent zugenommen haben, wogegen sich die Waldreinerträge vermindert haben. Nur erhöhte Nutzholzzölle vermögen dieses die Waldwirthschaft gefährdende Mißverhältniß auszugleichen und die deutsche Nutzholzzucht und den Nutzholzabsatz zu fördern, weil sie die ausländische Concurrenz zurückdrängen werden.

Nun wird behauptet, daß Deutschland nicht im Stande sei, in seinen Waldungen den inländischen Nutzholzbedarf zu decken. Dankelmann berechnet den Nutzholzertrag auf 22,7 Millionen Festmeter, während sich der Bedarf nur auf 20,4 Millionen beläuft, so daß jener diesen noch um 2,3 Millionen übertreffen würde. Ebenso unbegründet ist der Einwand, daß der Holzzoll nur dem Großgrundbesitzer auf Kosten der ärmeren Steuerzahler Vortheil bringe. Denn fast die Hälfte des Waldes befindet sich in den Händen des Staates und von Gemeinden, so daß die Mehrerträge allen Steuerzahlern zu Gute kommen. Weiter sind mindestens zwanzig Prozent in den Händen von Kleingrundbesitzern, welche den größten Vortheil aus erhöhten Zöllen haben, weil sie den größten Theil der Waldproductionsarbeit selbst zu verrichten pflegen. Dann aber ist der Holzconsum der ärmeren Bevölkerung ein so geringer (0,2 Festmeter jährlich auf den Kopf), daß von einem Steuerdruck des Nutzholzes für sie nicht die Rede sein kann. Ebenso aber wird auch die Holzwaarenindustrie durch Steigerung der Holzpreise nicht geschädigt, weil, abgesehen davon, daß die Erhöhung doch nur eine minimale sein würde, der Preis des Rohmaterials bei den meisten Holzwaaren nur einen geringen Bruchtheil des Waarenpreises ausmacht. Andererseits aber ist der socialpolitische Nutzen der Holzzölle ein sehr bedeutender, weil der Wald einer der wichtigsten Träger für Arbeitsgelegenheit und Arbeitstüchtigkeit der wenig bemittelten- und unbemittelten Volksklassen ist. Aber nicht nur die Waldarbeiter haben von den Zöllen Nutzen, sondern namentlich auch die Sägemühlen und alle, welche mit der Zurichtung des Holzes beschäftigt sind: deshalb ist auf das bearbeitete Holz zum Schutz der deutschen Arbeiter ein wesentlich höherer Zoll gelegt worden.

Aus allen diesen Gründen rechtfertigt sich die Erhöhung der Holzzölle, welche, wie zu hoffen steht, viel zur Erhaltung des Waldes beitragen wird.

### Das Interesse des kleinen und mittleren Grundbesitzes an den Getreidezöllen.

Unter den fortschrittlich-secessionistischen Einwendungen gegen die Erhöhung der Getreidezölle hat die Behauptung eine wesentliche Rolle gespielt, daß nur die Großgrundbesitzer Getreide verkaufen und daß darum sie allein von einer Besserung der Getreidepreise Gewinn haben würden. Von der gegnerischen Presse wurde das häufig und nachdrücklich genug wiederholt, um weite Kreise zu dem Glauben zu bringen, daß die Getreidezölle eine Erfindung des „feudalen“ Großgrundbesitzes seien, dazu bestimmt, den Reichen auf Unkosten der Armen, insbesondere der Kleinbauer und Arbeiter, den Beutel zu füllen. Auf solche Weise sollten die mittleren und ärmeren Schichten der ländlichen Bevölkerung in das Interesse der „freisinnigen“ Opposition gezogen und über die Bedeutung einer Maßregel getäuscht werden, von der in Wahrheit die Zukunft der gesammten deutschen Landwirtschaft abhing.

Daß der gesunde Sinn des Volks über diese Künste den Sieg davon tragen und der Sache des wichtigsten aller in Deutschland getriebenen Gewerbe zu ihrem Rechte verhelfen werde, stand bereits nach Beendigung der Wahlen fest: seit der Reichstags-Abstimmung vom 15. Februar ist dieser Sieg zu einer vollendeten Thatsache geworden, welcher überdies ähnliche Entschließungen in anderen Ländern, namentlich die Entscheidung der demokratischen Pariser Deputirtenkammer zur Seite stehen. In der freisinnig-

fortschrittlichen Presse aber treibt das Gerübe von der Schädigung der kleinen durch die großen Grundbesitzer sein Wesen weiter und werden die Kornzölle immer wieder zum Gegenstande heftiger und erbitterter Angriffe gemacht.

Sehr zu rechter Zeit hat ein Mann der Wissenschaft, Professor Dr. Kühn in Halle, seine Stimme erhoben, um die Behauptung, die großen Grundbesitzer seien die einzigen Getreideverkäufer in Deutschland, ein für alle Male aus der Welt zu schaffen. In einer 20 Seiten langen außerordentlich lehrreichen Schrift: „Die Getreidezölle in ihrer Bedeutung für den kleineren und mittleren Grundbesitz“ (Halle 1885) führt dieser Gelehrte an der Hand sorgfältig zusammengestellter Zahlen und Daten den Beweis, daß alle Klassen deutscher Landwirthe auf den Getreideverkauf angewiesen und demgemäß an der Erhaltung erträglicher Kornpreise interessirt sind. In den Händen von Großgrundbesitzern befindet sich weniger als ein Viertel des in Deutschland angebauten Grund und Bodens; 31,2 Procent des Gesamtareals kommen auf den mittleren Besitz (20 bis 100 Hectaren), 29,2 Procent auf den bäuerlichen Mittel-Besitz (5 bis 20 Hectaren), 9,9 Procent gehören Klein- und Halbbauern (2 bis 5 Hectaren), — während 5,6 Procent sich in den Händen bloßer Parcellenbesitzer befinden. Auf Grund genauer, in den verschiedensten Theilen Deutschlands angestellten Berechnungen wird sodann der Nachweis geliefert, daß die gleiche Fläche landwirthschaftlich genutzten Grund und Bodens bei dem im deutschen Südwesten vorherrschenden bäuerlichen Besitz (5 bis 20 Hectaren) mindestens ebenso viel Getreide zum Verkauf an den Markt bringt, als ein großes Durchschnittsgut des Nordostens. Weiter gehend berechnet der Verfasser den Durchschnitt des Betrages, der nach Deckung des eigenen Bedürfnisses für Wirthschaft und Haushaltung von der gesammten Ernte der Halm- und Hülsenfrüchte zum Verkauf kommt,

für den Großgrundbesitzer	auf 57,63 Procent
„ „ mittleren Grundbesitzer	„ 51 „
„ „ Mittel-Bauern	„ 50 „
„ „ Klein-Besitzer	„ 37,05 „

Völlig leer gehen auch die 3 009 849 Parcellenbesitzer nicht aus, da dieselben ziemlich regelmäßig Gerste und Hafer, sehr häufig aber auch kleine, wenngleich nicht berechenbare Quantitäten Brodkorn verkaufen: kein Urtheilsfähiger aber wird verkennen, daß die Interessen der 989 716 Klein-Bauern, 962 059 Mittel-Bauern, 289 261 Großbauern und 25 459 Großgrundbesitzer, die zusammen 94,4 Procent des deutschen landwirthschaftlich genutzten Bodens bearbeiten, als die maßgebenden anzusehen sind.

Auf den weiteren Inhalt der Kühnschen Schrift gehen wir für dieses Mal nicht näher ein. Der Schwerpunkt derselben liegt in den vorstehend wiedergegebenen Beweisführungen für den gleichmäßigen Antheil, welchen alle Klassen selbständiger deutscher Landwirthe an der Erhaltung von Preisen haben, die den Kornbau verlohnen. Mit der Widerlegung der Fabel, daß allein 25,459 deutsche Großgrundbesitzer in der Lage sind, Getreide zu verkaufen und daß die neuen Zölle lediglich diesen zum Vortheil — allen übrigen deutschen Landwirthen aber zum Schaden gereichen; ist der gesammten fortschrittlichen Polemik gegen die Getreidezölle der Boden unter den Füßen weggezogen worden!

### Handelsbilanz und Finanzlage.

Den Ausgangspunkt der deutschen Wirthschaftsreform bildete bekanntlich das ungünstige Verhältniß, in welcher Ein- und Ausfuhr Deutschlands zu Ende der siebziger Jahre standen, wo die Ausfuhr von der Einfuhr um 1000 Millionen jährlich übertroffen wurde. Freihändler und Genossen behaupteten damals, daß auf dieses Verhältniß nicht allzubiel ankomme, und daß die Lehre von der „Handelsbilanz“ (nach welcher der Werth der Ausfuhr denjenigen der Einfuhr übertreffen muß) eine veraltete sei. Heute, wo die Verbesserung unserer Handelsbilanz mit einer Besserung unserer finanziellen Verhältnisse Hand in Hand gegangen

ist,\*) vermeiden die Gegner der deutschen Wirtschaftspolitik Erörterungen über diesen Punkt.

Dafür, daß die Herren wohl daran thun, diese Zurückhaltung zu üben, liegt ein neuer bemerkenswerther Beleg vor. In Frankreich, wo man an den Lehren von der Handelsbilanz stets festgehalten hat, bestätigt sich immer wieder, daß die allgemeine finanzielle Lage mit dem Verhältniß zwischen Ein- und Ausfuhr zusammenhängt, und daß es um beide gleich betrüblich bestellt ist. Während der Werth der französischen Einfuhr der beiden ersten Monate d. J. derselbe geblieben ist, wie im Januar und Februar 1884, hat die Ausfuhr abermals eine erhebliche Verminderung erfahren. Der Werth der französischen Ausfuhr hatte betragen:

Im Januar und Februar 1884: 395 $\frac{1}{2}$  Millionen  
 = = = = 1885: 389 $\frac{3}{4}$  =

In Besondere hat die Ausfuhr französischer Fabrikzeugnisse einen Rückgang von mehr als 5 Millionen erfahren; in Summa übertraf die französische Einfuhr der beiden letzten Monate die Ausfuhr um einen Werth von 328 Millionen. (Während des gesammten vorigen Jahres hatte das Plus der französischen Einfuhr über der Ausfuhr 1175 Mill. Francs betragen). — Gleichzeitig mit diesen Ziffern sind verschiedene Daten über die französischen Steuereingänge des Januar und Februar veröffentlicht worden. Nach dem Voranschlage hatten 345 $\frac{1}{2}$  Million Francs eingenommen werden sollen, — wirklich eingegangen sind dagegen nur 339 $\frac{1}{2}$  Millionen, was ein Minus von 5 $\frac{3}{4}$  Millionen und 4 $\frac{3}{4}$  Millionen weniger als während der entsprechenden Periode des Vorjahres ausmacht. Ob die Franzosen Recht haben, wenn sie diese Verminderung zur Hälfte auf Rechnung des Umstandes setzen, daß das Schaltjahr 1884 einen Tag mehr zu zählen gehabt, als das laufende Jahr, mag dahin gestellt bleiben. Die im Einzelnen erzielten Mehrerträge sind fast ausschließlich auf Rechnung der Zuckerzölle zu setzen, da die bekanntlich im Sommer v. J. nach deutschem Muster reformirte Zuckersteuer wegen der Schwierigkeiten des Uebergangs zum neuen System, und wegen der ungünstigen Lage des Marktes eine Einbuße von fast 4 Millionen erlitten hat. Ohne die Zuckerzölle der französischen Staatskasse hätte die Mindereinnahme 11 Millionen betragen, da allein das Minus an Zollerträgen 4 $\frac{1}{2}$  Millionen, dasjenige der Steuer von Immobilien-Verträgen 5 Millionen betrug, die Posten und Telegraphen  $\frac{3}{4}$  Millionen weniger als angenommen, erbrachten u. s. w.

Ähnlich wie in diesem Jahre, war es auch während des vorigen Jahres gegangen, als sich Rückgang der Ausfuhr und Verminderung der Steuererträge stets in der gleichen Richtung und in demselben Schritt und Tritt bewegten. — Die französischen Zoll- und Steuerpolitiker brauchen von dieser Thatsache nichts zu lernen, weil sie stets an der Lehre von der Handelsbilanz festgehalten haben — in Deutschland dagegen giebt es eine ganze Anzahl angeblicher „Sachkenner“, denen ein Studium dieser Ziffern von entschiedenem Nutzen sein könnte.

### Politische Tagesfragen.

Der in Einnahme und Ausgabe auf 611,930,672 Mark (und zwar an fortdauernden Ausgaben auf 554,195,673 Mark und an einmaligen Ausgaben auf 57,734,999 Mark festgestellte Reichshaushaltsetat für 1885/86 ist zugleich mit dem Gesetz, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltungen des Reichsheeres, der Marine und der Reichseisenbahnen im Betrage von 38,520,647 Mark, wovon 28,465,513 Mark für die Bestreitung eines Theils der einmaligen Ausgaben im Etat bestimmt sind, soeben vom Reichs-Gesetzblatt veröffentlicht worden.

Dem Bundesrath ist ein Gesetzentwurf wegen Abänderung des Zollvereinigungsvertrags vom 8. Juli 1867 vorgelegt worden, wonach die Bestimmung, daß von allen bei der Einfuhr mit mehr als 15 Groschen vom Centner belegten ausländischen Erzeugnissen keine weitere Abgabe, sei es für Rechnung des Staates, oder von Communen und Korporationen, erhoben werden dürfe, fernerhin nicht mehr An-

\*) Seit der Tarifreform von 1879 haben die Ueberschüsse der deutschen Ausfuhr über die Einfuhr betragen:

im Jahre 1881: 49 Millionen Mark,  
 = = 1882: 79 „ „  
 = = 1884: 44 „ „

wendung auf Mehl und andere Mühlenfabrikate, auf Backwaaren, Fleisch, Fleischwaaren und Fett, sowie — insoweit es sich um die Besteuerung für Rechnung von Communen und Korporationen handelt — auf Bier. Bei dieser Vorlage handelt es sich darum, die Zolltarifnovelle mit der Mehl- u. Schlachtsteuer in Einklang zu bringen. Eine Mehlsteuer besteht in mehr als 150 Gemeinden, während eine Schlachtsteuer (Fleischaccise) für Rechnung von drei Staaten (Sachsen, Baden und Sachsen-Altenburg), sowie von einer sehr großen Zahl von Gemeinden (darunter Breslau, Potsdam, Posen, Koblenz, Aachen, Gnesen, Kassel, Hanau, Fulda, Göttingen, Emden, München, Nürnberg, Augsburg, Dresden, Stuttgart, Karlsruhe, Konstanz, Rastatt, Darmstadt, Mainz, Offenbach, Worms, Weimar) zur Erhebung gelangt. Dieser Steuer unterliegen bei dem Eingange von auswärts auch Fleisch, Fleischwaaren und Fett; indessen dürfen diese Gegenstände, insofern sie ausländische sind, mit Rücksicht darauf, daß sie mit einem höheren Zollsatz als 3 M für 100 Kg. belegt sind, zur Besteuerung nicht herangezogen werden. Der letztbezeichnete Umstand ist geeignet, die beabsichtigte Wirkung des Zolltarifs zu beeinträchtigen, indem er den Vorzug, welchen inländische Gegenstände der bezeichneten Art auf dem deutschen Markte haben sollen, mehr oder minder aufhebt und hierdurch zugleich den Schutz, welchen die landwirthschaftlichen Viehzüchter zu gewahren bestimmt sind, abschwächt. Auch ergibt sich aus der bezeichneten Sachlage eine weitere Schädigung der nationalen Arbeit insofern, als beispielsweise ausländisches Schmalz bei direkter Einfuhr in die betr. Staaten neben dem Zolle einer weiteren Abgabe nicht unterworfen werden darf, während dasselbe, wenn es erst nach im Inlande vorgenommener Raffination in diese Staaten eingeführt wird, neben dem bereits beim Eingange in das Zollgebiet entrichteten Zoll der staatlichen Abgabe unterliegt. Hierin liegt eine wesentliche Begünstigung der ausländischen Raffinadeure gegenüber den inländischen, welche den letzteren thatsächlich bereits wiederholt zu durchaus berechtigter Klage Anlaß gegeben hat. Hiernach erscheint es nothwendig, die Beschränkung der Besteuerung ausländischer Erzeugnisse auch für Fleisch, Fleischwaaren und Fett in Wegfall zu bringen. Ferner empfiehlt es sich, für die communale Abgabenerhebung von Bier die fragliche Beschränkung fallen zu lassen. Diese Abgabenerhebung findet namentlich in Süddeutschland — in Baiern in 947 Gemeinden — statt. Die Freilassung des ausländischen Bieres geschieht im Interesse der inländischen Brauerei.

Der Provinzial-Landtag von Ostpreußen hat die Errichtung einer Gewerbekammer für Ostpreußen angenommen und hierzu vom 1. April 1886 den Betrag von 5000 M bewilligt.

Nach einer Bekanntmachung des Polizeipräsidenten von Berlin dürfen in dem Bezirk der Barbier- und Friseur-Innung zu Berlin diejenigen Arbeitgeber, welche ein in dieser Innung vertretenes Gewerbe betreiben und selbst zur Aufnahme in die Innung fähig sein werden, gleichwohl aber der Innung nicht angehören, vom 1. Juli 1885 ab Lehrlinge nicht mehr annehmen. Hiermit ist von der Befugnisse Gebrauch gemacht worden, welche die Regierung durch den in voriger Reichstagsession angenommenen Antrag Ackermann beigelegt worden sind.

Dem Landtage ist ein Gesetzentwurf zugegangen, nach dessen Hauptinhalt dem Herzoglichen Hause zu Schleswig-Holstein das zu Augustenburg gelegene alte Familienschloß nebst Garten, Park u. s. w. erb- und eigenthümlich zurückgegeben und demselben eine immervährende Rente von 300,000 Mark aus der Staatskasse bezahlt werden soll.

Der in Lissabon tagende Weltpostcongreß hat das zulässige Meistgewicht der Pakete von 3 auf 5 Kilogramm ausgedehnt, die Versendung der Pakete unter Werthangabe und gegen Nachnahme zugelassen und die gegenwärtige Beschränkung hinsichtlich des Umfangs der Sendungen, wenigstens soweit eine Seebeförderung nicht in Betracht kommt, beseitigt. Denjenigen Ländern welche zur Zeit noch nicht in der Lage sind, die vorbezeichneten Verkehrs erleichterungen einzuführen, wird die Befugniß eingeräumt, bis auf Weiteres die Beforgung des Päckereidienstes in dem bisherigen Umfange beizubehalten. Die Taxe für die Postpakete bleibt unverändert, für sperrige Stücke tritt ein Portozuschlag von 50 Prozent hinzu. Die Versicherungsgebühr wird nach denselben Sätzen wie für internationale Werthbriefe erhoben; für Nachnahmepakete kommt neben dem Porto eine Nachnahmegebühr zum Ansatze, welche 2 Prozent des Nachnahmebetrages nicht übersteigen darf. Durch den Beitritt von 8 Staaten ist die Zahl der an dem Uebereinkommen theilnehmenden Länder auf 26 gestiegen. In der Gesamtsitzung des Congresses vom 11. März ist ein internationales Uebereinkommen über die Einziehung von Geldern im Wege des Postauftrags zur Annahme gelangt. Dem bezüglichen Abkommen haben Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Belgien, Aegypten, Frankreich, Luxemburg, Portugal, Rumänien und die Schweiz zugestimmt. Bulgarien, Italien und Niederland haben sich den Beitritt vorbehalten.